

**Dieter Deiseroth:**

## **Whistleblowing in der Sicherheitspolitik**

**Von Daniel Ellsberg und anderen Dissidenten**

*Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 49, Heft 4 (April 2004), S. 479–490*

Die (Des)Informationspolitik verschiedener Regierungen im Umfeld des Irak-Krieges und die Rolle so genannter „Whistleblowers“, weist einige Parallelen zum Vietnam-Krieg auf. Als Whistleblower werden Personen bezeichnet, die auf Missstände oder bedenkliche Vorgänge in ihrem Arbeits- und Wirkungsbereich hinweisen und mit diesem Anliegen an die Öffentlichkeit gehen. Der US-amerikanische Publizist Daniel Ellsberg hat kürzlich dazu aufgerufen, die „Pentagon-Papers des Irak-Krieges“ publik zu machen.

Unter Robert McNamara wurden von einer Kommission, der auch Daniel Ellsberg angehörte, die Ursachen und die Entwicklung des Engagements der USA in Vietnam seit 1945 in enzyklopädischer Weise analysiert. Die „Pentagon-Studie“ in 47 Bänden und rund 7000 Seiten, die Ende 1969 abgeschlossen wurde, hat man sofort als „streng geheim“ klassifiziert. Ellsberg sah sich durch Pressemitteilungen über amerikanische Kriegsverbrechen in Vietnam in seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem Vietnam-Krieg immer mehr bestärkt und beschloss, die Pentagon-Studie der Öffentlichkeit nahezubringen und den Medien zuzuspielen. Am 13. Juni 1973 erschien in der New York Times der erste Artikel einer Serie, in der große Teile der Pentagon-Studie unter dem Titel „Pentagon-Papers“ publiziert werden sollten.

Die Veröffentlichung der Pentagon-Papers hatte gravierende innenpolitische Folgen, da sie das Vertrauen der Bevölkerung und der Medien in die Administration und den Präsidenten zutiefst erschütterten. Die Studie entwickelte sich in der Folge zum Traum jedes Historikers und zum Albtraum jedes Staatsmannes. Die Papers legten klar dar, dass vier Präsidenten seit

Truman sehr wohl im Bilde waren, was in Indochina vor sich ging, und wie weit diese Präsidenten bereit waren, zu Unwahrheiten und Lügen zu greifen, um die Bevölkerung zu täuschen. Sie zeigten weiters gravierende Lügen der Administration über Umfang, Zielrichtung und Auswirkungen des militärischen Engagements der USA in Vietnam auf und wiesen auf Strukturen hin, die die jahrelange Vertuschung der US-amerikanischen Präsenz in Vietnam und der völkerrechtswidrigen Kriegführung gefördert hatten. Kurzum, der umfangreiche Bericht bewies, wie sehr die US-amerikanische Bevölkerung über die wahren Hintergründe und das Ausmaß des fernöstlichen Engagements getäuscht wurde. Die Pentagon-Papers und die damit ausgelösten Kontroversen führten letztlich dazu, dass die Bevölkerung dem Präsidenten nichts mehr abnehmen wollte und konnte, insbesondere nicht, dass er den Krieg in Vietnam möglichst bald beenden wolle.

Die Pentagon-Papers verweisen auf verblüffende Parallelen zum Verhalten der Bush-Administration, und es lassen sich von ihnen einige generelle Erkenntnisse ableiten: Auch in Demokratien ist das Regieren regelmäßig mit kleineren und größeren Lügen sowie so genannten „dirty tricks“ verbunden, wie etwa die Desinformationskampagne rund um den Golf-Krieg zeigte. Die staatlichen Entscheidungsstrukturen werden tunlichst nicht nur vor Einblicken geschützt, sondern auch von Kritik von außen abgeschottet. Mit dieser Abschottung geht in der Regel auch eine innere Verkrustung des Systems einher, und die Fähigkeit zur Kritikaufnahme geht wie auch die Bereitschaft zu Selbstkritik verloren. Fehlen solche Mechanismen zur Selbstkontrolle und -reflexion, gewinnt die „Verifikation durch die Zivilgesellschaft“ auch und gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik an Bedeutung.

**Thomas Pankratz**